

# Schweizer Wunderwaffe

Direkte Demokratie und Föderalismus sind die Erfolgsrezepte der Schweiz. Stimmt das? Für politische Stabilität ist das Wahlsystem genauso wichtig. Das wurde bisher übersehen. Von Reiner Eichenberger, Marco Portmann und David Stadelmann

Die Schweiz ist wirtschaftlich und gesellschaftlich sehr erfolgreich. Was sind die Ursachen ihres Erfolgs, und was können andere Länder von ihr lernen? Ihr Erfolg hat viel mit ihren politischen Institutionen zu tun. Sie geben allen Entscheidungsträgern Anreize, gute Politik zu betreiben. Gemeinhin gelten direkte Demokratie und Föderalismus als Erfolgsquellen. Doch diese Sicht greift zu kurz. Eine dritte, bisher weitgehend verkannte Institution ist ähnlich wichtig: das Schweizer Wahlsystem. Es bietet eine weltweit einmalige Kombination von Proporz- und Majorzwahlen beziehungsweise Verhältnis- und Mehrheitswahlen. Entscheidend sind drei Elemente:

1 — Die allermeisten Parlamentsmitglieder werden auf Gemeinde- und Kantonsebene sowie die Nationalräte im Proporzverfahren gewählt. Für die einflussreichsten Parlamentarier, nämlich die Ständeräte, gilt hingegen in fast allen Kantonen das Majorzverfahren.

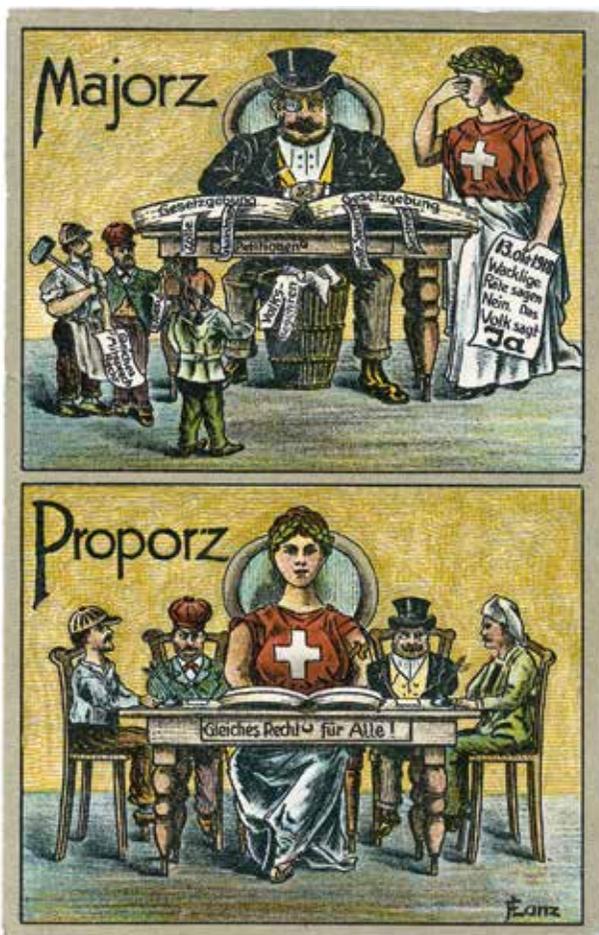
2 — Alle Regierungsmitglieder werden, anders als international üblich, in den Gemeinden und Kantonen direkt vom Volk gewählt. Dabei dominiert das Majorzverfahren. Dieses gilt für alle Kantonsregierungen ausser im Tessin sowie in etwa drei Vierteln aller Gemeinden, so auch in allen grossen Städten ausser Bern.

2 — Die Majorzwahlen werden normalerweise in Wahlkreisen mit mehreren Sitzen statt. Zumeist sind es bei den Gemeinde- und Kantonsregierungen 5 bis 9 Sitze und im Ständerat 2 Sitze. Dabei hat jeder Wähler gleich viele Stimmen, wie es Sitze zu verteilen gibt. International üblich sind hingegen Wahlkreise mit nur einem Sitz und entsprechend nur einer Stimme pro Wähler.

Die Proporzwahlen sorgen für grosse parteiliche Vielfalt. Sie steigern die Bereitschaft von Parteien und Politikern, sich auf dem gesamten politischen Spektrum zu verteilen. Deshalb sitzen die meisten ideologisch orientierten PolitikerinStadt- und Kantonsparlamenten sowie im Proporz-gewählten Nationalrat. Die Majorzwahlen mit mehreren Sitzen hingegen geben Politikern Anreize, sich in Richtung politische Mitte zu bewegen.

Die Mischung von Proporz und Majorz ist entscheidend für den Erfolg der Schweiz.

Dank der Parteienvielfalt in Folge Proporz werden die Präferenzen der Wähler am Rand des politischen Spektrums klarer formuliert als in reinen Majorzsystemen. Das macht Politikverdrossenheit und -entfremdung unwahrscheinlicher. Zugleich erhöhen die Majorzelemente bei allen Parteien und Politikern, die



Individuelle Fehler neutralisieren sich gegenseitig.

in die wichtigeren Majorz-gewählten Ämter drängen, die Neigung, moderater und lösungsorientierter zu politisieren. Mit reiner Ideologie sind kaum Mehrheiten zu gewinnen, deshalb treten bei Wahlen zu Majorz-Ämtern zumeist Politiker aus unterschiedlichen Parteien an, die sich in ihren grundsätzlichen Positionen eher nahestehen. Das bringt Kompromissbereitschaft, Regierungsfähigkeit, gesamtheitliche Orientierung und Konsistenz der Politik über die Zeit hinweg.

## Kraftwerk Supermajorz

Die Schweizer Majorzwahlen mit mehreren Sitzen pro Wahlkreis und ebenso vielen Stim-

men pro Wähler kanalisieren die Politiker besonders kraftvoll in Richtung politische Mitte. Das Verfahren hat ein grosses, aber bisher verkanntes Potenzial, eine vernünftige und stabile Politik hervorzubringen. Wir nennen das Verfahren «Supermajorz».

In den international üblichen Majorzwahlen mit einem Sitz pro Wahlkreis platzieren sich die Kandidaten nur dann in der Mitte des politischen Spektrums, wenn sie genau zu zweit sind. Treten jedoch drei oder mehr Kandidaten an, drohen Mittelpolitiker von den anderen Kandidaten von rechts und links «eingeklemmt» zu werden. Die Stimmen der rechten und linken Wähler gehen dann an die rechten und linken Kandidaten, und der eingeklemmte Mittekandidat erhält nur die wenigen Stimmen der Wähler direkt aus der Mitte. Alle Kandidaten haben deshalb Anreize, sich gegen Randpositionen zu bewegen.

Mit Supermajorz läuft es anders, da die Wähler mehrere Stimmen haben. Wenn sie die ihnen politisch am nächsten stehenden Kandidaten wählen wollen und es auf ihrer Seite des politischen Spektrums weniger Kandidaten gibt, als sie Stimmen haben, geben sie auch dem Mittekandidaten eine Stimme. Da dieser meist auch noch von Mitte-orientierten Wählern auf der anderen Seite des politischen Spektrums Stimmen erhält, gewinnt er eine absolute Mehrheit der Wähler und damit einen Sitz. Der Mittekandidat erhält nur keine sichere Mehrheit, wenn es rechts und links von ihm wenigstens je so viele andere Kandidaten gibt, wie die Wähler Stimmen haben. Im

Falle einer Regierungsratswahl (bzw. Ständeratswahl) mit sieben (zwei) Sitzen bedeutet das, dass es für einen Kandidaten optimal ist, sich in der politischen Mitte zu positionieren, solange es nicht auf jeder politischen Seite wenigstens sieben (zwei) weitere Kandidaten hat, es also insgesamt mit ihm nicht wenigstens fünfzehn (fünf) Kandidaten gibt.

Entscheidend ist nun, dass Supermajorz den Parteien Anreize gibt, die Kandidatenzahl niedrig zu halten. Zwar wählen die meisten Stimmbürger diejenigen Kandidaten, die ihnen politisch nahe stehen und ihre Lieblingspartei vertreten. Aber nicht alle wählen absolut parteitreu. Sie geben zuweilen Stimmen an Kandidaten anderer Parteien, zum

Beispiel weil sie ihnen kompetenter erscheinen, persönlich bekannt sind oder aufgrund ihrer regionalen Herkunft, Beruf, Alter oder Geschlecht sympathisch sind. Die danach verbleibenden Stimmen verteilen sie auf die Kandidaten ihrer Lieblingspartei, wobei sie nicht mehr jedem Kandidaten eine Stimme geben können. Das bewirkt, dass die Wahlchancen der Kandidaten einer Partei steigen, wenn sie ihre Kandidatenzahl reduziert.

Sobald aber einzelne Parteien ihre Kandidatenzahlen reduzieren, müssen die anderen Parteien nachziehen und ihre Kandidatenzahl ebenfalls verringern. Deshalb präsentieren die meisten Parteien nur Kandidaten mit wirklichem Wahlpotenzial oder einen mehr, also in aller Regel deutlich weniger, als es insgesamt Sitze zu wählen gibt. Das zwingt die Stimmbürger, ihre Stimmen auf die Kandidaten verschiedener Parteien zu verteilen. Die Folge ist Konkordanz in dem Sinne, dass die kantonale und die kommunalen Regierungen sowie die Kantonsvertretungen im Ständerat aus jeweils mit Mehrheit gewählten Vertretern mehrerer Parteien zusammengesetzt sind.

Zusammen bewirken diese Mechanismen folgende für die Schweiz typische Eigenschaften:

1 — Die Regierungen auf allen Staatsebenen sowie der Ständerat setzen sich aus Politikern aller wichtigen Parteien zusammen. Die ideologischen Unterschiede zwischen den Amtsinhabern sind oft kleiner als diejenigen zwischen den Amtsinhabern und ihren eigenen Parteien. Sie können trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit zumeist problemlos und gut zusammenarbeiten. Diese Konkordanz erfolgt nicht aus einer freiwilligen Selbstbeschränkung der Parteien, sondern sie wird durch den Wettbewerb erzwungen.

2 — Weil alle Mitglieder einer Regierung mit dem gleichen Verfahren gewählt werden, kön-

nen sie formell gleichgestellt sein. Dies ermöglicht einen konstruktiven, machtfreien Diskurs innerhalb der Regierung, was kluge Kompromisse fördert. Der Präsident kann ein Primus inter Pares sein, und die Präsidentschaft kann rotieren. Das bringt Machtteilung und verhindert Machtanhäufung über die Zeit, bindet Minderheiten ein und erhöht ihre Identifikation mit dem Staatswesen.

3 — Wichtige Regierungsentscheidungen werden von den voneinander weitgehend unabhängigen Mitgliedern mit Mehrheitsbeschluss getroffen. Das bringt eine weitere Einmüttung der Politik. Zugleich sind Mehrheitsentscheidungen unabhängiger Personen weniger fehleranfällig als die Entscheidung einzelner Politiker. Die individuellen Fehler schlagen im Mehrheitsentscheid oft nicht durch oder neutralisieren sich sogar gegenseitig.

4 — Die relativ grosse Zahl von Regierungsmitgliedern und Kandidaten macht es für alle Beteiligten unattraktiv, «negative Wahlkampagnen» zu führen, die vor allem darauf zielen, andere Regierungsvertreter herabzuwürdigen, zu beschädigen und zu sabotieren. Während sich negative Strategien in Majorzsystemen mit Einerwahlkreisen auszahlen können und etwa in den USA üblich sind, bringen sie ihren Urhebern in Schweizer Mehrsitzwahlkreisen wenig, weil sich die Erträge – der Ausfall eines Gegenkandidaten – auf alle verbleibenden Kandidaten verteilen.

5 — Das schweizerische politische System ist infolge der Mischung von Proporz und Majorz wettbewerbsfähig. Der Wettbewerb findet jedoch nicht grob und laut durch abrupte Wechsel der gesamten Regierungsmacht oder Parlamentsmehrheit statt, sondern feiner abgestuft und leiser. Feiner ist er in dem Sinne, dass die Sitzzahl und damit der relative Einfluss der Parteien in den Parlamenten und Regierungen oft wechseln. Leiser ist der Wettbewerb, weil es

im schweizerischen System ohne klare Trennung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition zumeist keine typische Opposition gibt, die laut und stereotyp alles verdammt, was die Regierung will.

### Exportschlager

Angesichts der Stärken des Schweizer Wahlsystems ergeben die immer wieder vorgebrachten Forderungen nach einem traditionelleren Regierungssystem mit klarer Regierungsmehrheit und Opposition wenig Sinn. Die regelmässig vorgeschlagene Blockwahl von Regierungsmitgliedern ist aus unserer Sicht der Majorzwahl ad personam der Regierungsmitglieder weit unterlegen. Mit Blick auf die oberste Staatsebene sprechen unsere Überlegungen für eine Volkswahl des Bundesrates, analog zur Volkswahl der Kantonsregierungen.

Für andere Länder lautet die zentrale Botschaft, dass hinter dem Erfolg der Schweiz nicht nur direkte Demokratie und Föderalismus stehen, sondern eine dritte Institution: die Mischung aus Proporz- und Majorzwahlen, bei denen gleichzeitig mehrere Politiker für mehrere Sitze gewählt werden. Diese Mischung von Proporz und Supermajorz ist die Ursache der typisch schweizerischen Konkordanz, und sie ist exportfähig. Politiker anderer Länder und Gebietskörperschaften können sich davon ohne Risiko inspirieren lassen, denn diese Mischung beruht, anders als direkte Demokratie und Föderalismus, nicht auf Mechanismen, die vielen Politikern Angst machen. Dieses Schweizer Rezept sollte deshalb auf weniger Widerstand stossen.

Reiner Eichenberger ist Professor an der Universität Freiburg. Marco Portmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Agroscope. David Stadelmann ist Professor an der Universität Bayreuth. Alle sind Ökonomen und Mitglieder des Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema).

**GENEVA**  
INTERNATIONAL  
**MOTOR**  
**SHOW**



**89. Auto-Salon** und Zubehör  
**7.–17. März 2019** Genf